



Diskussion zur internationalen Strategie 2007 des Innenministeriums: Markus Richter, Elisabeth Wenger, Peter Widermann, Gesamt Koordinator Wilhelm Sandrissler, Sabine Baumgartner-Klinglmair, Kurt Hager.

Mehr Sicherheit für Österreich

Seit Jahren verfolgt das Innenressort eine Strategie der internationalen Zusammenarbeit. Der erfolgreiche Kurs wird 2007 fortgesetzt.

Die internationale Strategie unseres Hauses hat sich bewährt. Das zeigen etwa die hunderten Straftaten, die sich in Österreich auf Grund des Prümmer Vertrags in Klärung befinden, darunter Serieneinbrüche, Raub- und Tötungsdelikte“, sagte der für die internationale Gesamt Koordination im Innenressort verantwortliche Bereichsleiter Dr. Wilhelm Sandrissler bei einer Diskussion zur „Internationalen Strategie 2007“ am 19. Februar 2007 im Innenministerium. Ein weiteres Beispiel für den Wert der internationalen Kooperation ist die enge operative Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, über Kontaktbüros und Verbindungsbeamte, durch gemeinsame Lagebilder und Einsätze sowie den raschen, regelmäßigen Austausch von Informationen.

Dreifacher Sicherheitsgürtel. Damit konnte ein Sicherheitsgürtel um Österreich geschaffen werden, der in den kommenden Jahren weiter verstärkt

werden soll. Mit dem im Aufbau befindlichen modernen Grenzsicherungssystem an den östlichen Außengrenzen der Europäischen Union entsteht ein zusätzlicher Gurt, dessen Fertigstellung Österreich auch 2007 tatkräftig unterstützt. Dieser soll durch einen dritten Sicherheitsgürtel rund um die Europäische Union ergänzt werden. Bereichsleiter Sandrissler: „Wir wollen, dass die EU weitere Partnerschaften für die Sicherheit mit ihren Nachbarregionen schließt, ähnlich wie das unter österreichischem Vorsitz mit den Ländern des Westbalkans gelungen ist.“

Operatives Netzwerk Mitteleuropa. Mit den Staaten im Nachbarschaftsbereich will das Innenministerium ab 2007 ein „Operatives Netzwerk Mitteleuropa“ aufbauen. „Dabei werden wir bestehende Kontaktstellen, wie jene mit Slowenien und Italien, schrittweise zu umfassenden Polizeikooperationszentren ausbauen, und der nächste

Schritt ist die Schaffung eines Netzwerks solcher Zentren“, sagte Brigadier Kurt Hager, der im Innenministerium für die bi- und multilaterale Zusammenarbeit zuständig ist. „Das ist auch ein wichtiger Ausgleich für die ab Ende 2007 bevorstehende Verlegung der Schengen-Außengrenzkontrollen von der österreichischen Grenze an die Grenzen unserer mitteleuropäischen Partnerstaaten“, ergänzte Bereichsleiter Dr. Peter Widermann, in dessen Verantwortungsbereich unter anderem die Grenzkontrolle fällt.

Schengen neu. Die Schaffung des „Operativen Netzwerks Mitteleuropa“ ist ein wichtiger Beitrag zur internationalen Dimension des Projekts „Schengen neu“, mit dem sich das Innenressort auf die Zeit nach der Schengen-Erweiterung vorbereitet. Dabei sollen auch alte EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Frankreich in verstärkte Kooperationen Österreichs mit

seinen Nachbarn oder autonome österreichische Ausgleichsmaßnahmen einbezogen werden. „Die Beitragsleistung zum Konzept Schengen neu ist wohl eine der wichtigsten Maßnahmen im Rahmen der internationalen Strategie 2007“, betonte Kurt Hager.

Euro 2008. Auch für die Fußball-Europameisterschaft *EURO 2008* in Österreich und der Schweiz müssen die Vorbereitungen auf der internationalen Ebene verstärkt werden. „Wir streben rechtlich verbindliche Vereinbarungen über die Bereitstellung von Kräften und Einsatzmitteln zwischen der Schweiz und Österreich einerseits sowie allen Teilnehmer-, Anrainer- und Transitstaaten andererseits an“, sagte Mag. Markus Richter, der Leiter der Internationalen Abteilung im Innenministerium. „Willkommen Fußball-Fans, aber keine Chance für Hooligans – zur Umsetzung dieser von Bundesminister Günther Platter vorgegebenen Devise werden wir auch auf der EU-Ebene engagiert beitragen, vor allem durch die Stärkung der Zusammenarbeit gegen den Fußball-Hooliganismus“, ergänzte Mag. Elisabeth Wenger, die Leiterin der EU-Koordinationsabteilung im BMI.

Prümer Vertrag. Für eine verstärkte Zusammenarbeit in Mitteleuropa sowie bei Großveranstaltungen wie der Fußball-Europameisterschaft soll auch der Prümer Vertrag genützt werden. Dieser entstand auf Initiative Deutschlands und wurde am 27. Mai 2005 von fünf weiteren EU-Staaten unterzeichnet (Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich und Spanien). „Der Vertrag von Prüm ist die innovativste und erfolgreichste Zusammenarbeit, die wir derzeit in Europa haben. Es ist daher sehr erfreulich, dass zu dieser EU-Spitzengruppe im Bereich der inneren Sicherheit nun eine Reihe von zusätzlichen Ländern stoßen, darunter unsere mitteleuropäischen Partner Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien“, betonte Brigadier Hager. Österreich werde das voll unterstützen, genau so wie die bereits beschlossene Übernahme der wichtigsten Bestimmungen des Prümer Vertrags in den Rechtsbestand der EU.

Vorsitz „Salzburg-Gruppe“. Alle genannten Themen stehen im Mittelpunkt des laufenden österreichischen Vorsit-

zes in der Salzburg-Gruppe, der für die weitere Stärkung dieser mitteleuropäischen Sicherheitspartnerschaft genützt werden soll. „Die wichtigsten Schwerpunkte sind verbessertes Lobbying in der EU bei Themen von gemeinsamem Interesse wie der Schengen-Erweiterung oder der Übernahme des Prümer Vertrags, die Stärkung der operativen Zusammenarbeit in Mitteleuropa durch den Aufbau des operativen Netzwerkes sowie die Entwicklung einer Außenstrategie der Salzburg-Gruppe“, informierte Bereichsleiter Sandrissner. „Ein weiterer Punkt betrifft die Einrichtung einer operativen Arbeitsgruppe Großveranstaltungen, weil wir auch die Zusammenarbeit innerhalb der Salzburg-Gruppe für die EURO 2008 stärken wollen“, sagte Abteilungsleiter Richter. Bei der großen Ministerkonferenz „Forum Salzburg 2007“ im Sommer in Innsbruck wird zudem darüber nachgedacht werden, welche gemeinsamen Positionen die Salzburg-Gruppe in ein neues Mehrjahresprogramm der EU für die Zeit nach dem Jahr 2010 einbringen könnte.

EU-Strategie. Im EU-Bereich kann auch 2007 auf die Erfolge der österreichischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 aufgebaut werden. „Die Schwerpunkte der laufenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft bestätigen die Richtigkeit unseres Weges während der österreichischen Präsidentschaft“, betonte Wilhelm Sandrissner. Es sei erfreulich, dass der deutsche EU-Vorsitz die „Wiener Initiative“ fortsetzen wolle, in deren Rahmen es während der österreichischen Präsidentschaft zum ersten Innenministertreffen EU-Russland-USA überhaupt gekommen sei.

EU-Schwerpunktbereiche. Aufbauend auf die österreichischen Präsidentschaftsschwerpunkte, die im Juli 2006 in Göttweig beschlossene EU-Strategie der Salzburg-Gruppe („Göttweiger Erklärung“) und das Achtzehnmonatsprogramm der laufenden EU-Teampräsidentschaft Deutschland, Portugal und Slowenien, lauten die sechs Schwerpunktbereiche des BMI für die EU-Arbeit 2007:

- Zusammenarbeit in den Bereichen Asyl, Migration und Integration,
- volle Schengen-Inkraftsetzung,
- Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption,

- Kampf gegen den Terrorismus,
- Krisen- und Katastrophenmanagement
- sowie weitere Umsetzung der EU-Außenstrategie im Bereich der inneren Sicherheit.

EU-Asylsystem. „Vor allem die Arbeit an einer gesamtheitlichen Politik gegen die illegale Migration und einem gemeinsamen EU-Asylsystem, ist uns ein besonders Anliegen“, unterstrich Bereichsleiter Widemann, der Österreich auf EU-Ebene im hochrangigen Ausschuss für Asyl, Migration und Grenzmanagement (SCIFA) vertritt. Die EU müsse sich aber auch verstärkt mit Fragen der Integration von bereits in der Union lebenden Menschen beschäftigen sowie mit der Steuerung der legalen Migration.

EU-Informationsverbund. „Im polizeilichen Bereich steht die Arbeit an einem EU-Informationsverbund im Zentrum unserer Bemühungen, denn einen solchen brauchen wir für eine wirkungsvolle Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität“, erläuterte Referatsleiter Kurt Hager, der österreichische Vertreter im hochrangigen EU-Ausschuss zur polizeilichen Zusammenarbeit (Artikel 36 Ausschuss oder CATS). Vor allem die Übernahme der wichtigsten Bestimmungen des Prümer Vertrags in den EU-Rechtsrahmen sei dabei ein Meilenstein und auch ein großer Erfolg für Österreich.

Mehr-Präsidentschaften-Kooperation. „Wir arbeiten auf EU-Ebene weiter eng mit der deutschen Ratspräsidentschaft sowie den Folgepräsidentschaften Portugal und Slowenien zusammen, mit denen Österreich während seines Vorsitzes ein Mehr-Präsidentschaften-Format gebildet hatte“, berichtete Abteilungsleiterin Wenger. Dieses von Österreich ausgebaute Format (erstmalig wurden vier Folgepräsidentschaften eingebunden) ermöglicht eine besondere Mitgestaltungsmöglichkeit über den eigenen Vorsitz hinaus. Darüber hinaus will man die während der Präsidentschaft aufgebauten besonderen Beziehungen zu den Institutionen der EU (Ratssekretariat, EU-Kommission und Europaparlament) sowie zu wichtigen Mitgliedstaaten auch für die Umsetzung der internationalen Strategie 2007 nützen.



EU-Ratsvorsitzender Wolfgang Schäuble und Innenminister Günther Platter, derzeit Präsident der Salzburg-Gruppe, diskutieren beim Rat der Justiz- und Innenminister in Brüssel internationale Schwerpunkte für 2007.

Hot Spots. Ein wichtiger Teil der internationalen Strategie des BMI war immer die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitbereichen von Sicherheitsproblemen für Österreich (so genannte „Hot Spots“). Während der EU-Präsidentschaft konnten die österreichischen Anliegen dabei erfolgreich im EU-Gesamtrahmen umgesetzt werden. So haben die EU-Staaten mit den Ländern im Umfeld der Union ein Konzept „Partnerschaft für die Sicherheit“ erarbeitet. Darauf aufbauend wurde mit den Westbalkanstaaten eine konkrete „Partnerschaft für die Sicherheit“ begründet. Die EU hat dazu unter österreichischem Vorsitz ein Paket mit über 40 konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Korruption, illegaler Migration und Terrorismus beschlossen. Ein maßnahmenorientiertes Papier („Action Oriented Paper“) wurde gegen den Drogenanbau in und den Drogenhandel aus Afghanistan verabschiedet.

Umsetzung. 2007 gehe es zum einen um die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmenpakete und zum anderen um die Erarbeitung ähnlicher Konzepte

der EU für die Staaten in ihrem östlichen und südlichen Umfeld, unterstrich Bereichsleiter Sandrissner. „Damit soll der Sicherheitsgürtel um die Union konsequent auf- und ausgebaut werden.“

Internationales Programm. Die Prioritäten aus österreichischer Sicht lauten: 1. Westbalkan, 2. Staaten im östlichen EU-Umfeld und 3. Staaten im südlichen Umfeld der Union. „Entlang dieser Linien orientiert sich auch das internationale Programm des Innenministeriums für 2007“, erläuterte Markus Richter, dessen Abteilung für die Umsetzung dieses Programms verantwortlich ist. „Ähnliches muss natürlich auch für österreichische Projekte gelten, die im Rahmen der EU eingereicht bzw. betrieben werden“, ergänzte Elisabeth Wenger.

Strategische Partner. Im Rahmen der internationalen Strategie für 2007 werden auch die Beziehungen mit den strategischen Partnern USA und Russland weiter gepflegt. So wird die in den letzten Jahren entwickelte enge Zusammenarbeit der Dienststellen des BMI

mit den Behörden in den USA konsequent fortgeführt, insbesondere in den Bereichen Terrorismus, Proliferation, organisierte Kriminalität, Korruption und Drogenhandel. „Mit der Russischen Föderation, mit der – trotz intensiver Vertiefung der Zusammenarbeit in den letzten Jahren – noch eine Vielzahl von gemeinsamen Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit ansteht, streben wir den Abschluss eines Regierungsübereinkommens über die polizeiliche Zusammenarbeit an“, kündigte Richter an. Auch Lösungen für die aus dem Konflikt um Tschetschenien resultierenden Sicherheitsprobleme sollen verstärkt erörtert werden.

Hervorragende Zusammenarbeit. Bereichsleiter Wilhelm Sandrissner, dem die Gesamtkoordination bei der Umsetzung der internationalen Strategie obliegt, dankte allen Kolleginnen und Kollegen, die in den unterschiedlichen Ressortbereichen an der Erstellung und Umsetzung der internationalen Strategie mitwirken, „für die hervorragende Zusammenarbeit im Jahr 2006, vor allem auch während der österreichischen EU-Präsidentschaft“.